

Die Abdankung Wilhelms.

Unterstaatssekretär a. D. Bahnschaffe veröffentlicht in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ als Beilage zur Geschichte des 9. November einen Brief, den er am 2. August an Ministerialdirektor Dr. Eimonis geschrieben hat.

„Als Beginn des letzten Aktes der Kaiserregie betrachte ich die Abreise des Kaisers in den Hauptquartier am 2. Oktober. Er schildert die Bemühungen des Reichstanzlers, diesen von der Obersten Seeresleitung veranlassenden Schritt zu verhindern und später rückgängig zu machen. Eingehend stellt er die Ertragungen und Beobachtungen in der Abdankungsfrage dar. Bis zum 3. November bemühte sich die Reichsleitung mit Erfolg, während gleichzeitig dem Kaiser der Ernst der Lage auf das dringendste vorgebildet wurde, die Erörterung ruhig zu halten. Mit dem Anbruch der Dunkelheit in Kiel veränderte sich die Lage, bis am 7. November das Sozialdemokratische Ultimatum bekannt wurde. Gegenüber dem Abschiedsgesuch und der Mitteilung des Prinzen Max über die Unmöglichkeit einer Regierung ohne oder gegen die Sozialdemokraten hielt der Kaiser in der Frage der Abdankung an seinem bisher ablehnenden Standpunkt fest. Der Monarch konnte, wie Bahnschaffe schreibt, offenbar die Abdankung mit seinem Pflichtgefühl nicht vereinbaren, solange er nach dem Urteil seiner militärischen Ratgeber noch glauben konnte, daß es ihm möglich sei, mit der Armee die Ordnung in der Heimat wieder herzustellen. Am 7. November waren die bürgerlichen Mitglieder des Kabinetts in ihrer Mehrheit noch gegen die Abdankung. Am 8. November hielten sie unter dem Einbruch der Nachtstunden über die weitere Ausübung der Revolution kaum überwiegend den Schritt für notwendig.

Der Kaiser lehnte ab und erklärte es nach wie vor für seine Pflicht, auf seinem Posten zu bleiben. — Bahnschaffe bemerkt dazu, er habe den Eindruck gehabt, daß der Kaiser dies für seine Pflicht gegenüber dem Reich und der Armee hielt, von denen er nach den Informationen seiner militärischen Ratgeber annahm, daß sie treu zu ihm ständen. Die Mehrheitssozialisten, die den von den Unabhängigen am 4. November geplanten Streik verhindern hatten, erklärten jetzt, ohne eine Wendung in der Kaiserfrage auch ihre Leute nicht mehr halten zu können. Am 8. November wurden große Demonstrationen erwartet. Generaloberst von Kintzinger befehligte jedoch am 7. November im Zimmer des Reichstanzlers mit Bestimmtheit die Franzosen des Unterstaatssekretärs Bahnschaffe, der sich in Berlin zu halten. Er sagte Kintzinger habe nicht viele, aber ganz gute Truppen. Allerdings würde er unter Umständen sofort aufstehen und auch die Artillerie anwenden müssen. Befürchtungen wurden ihm in dieser Beziehung, wie Unterstaatssekretär Bahnschaffe bemerkt, nicht auferlegt. Im Laufe des 8. November wurden weitere Schritte getan, um dem Kaiser für den Vorschlag des Prinzen Max zu gewinnen; u. a. sollte Staatssekretär Solf ins Hauptquartier reisen. Diese Reise wurde aber, weil sie zu viel Zeit gekostet hätte, nicht mehr ausgeführt. Am 9. November gegen 9 Uhr früh machte Staatssekretär von Söding aus dem Hauptquartier die erschütternde Mitteilung, daß die Oberste Seeresleitung nennmehr zu der Überzeugung gekommen sei, daß die Fronttruppen für die Niederwerfung von Unruhen in der Heimat nicht mehr hinter dem Kaiser stehen und daß sich der Feldmarschall und der Erste Generalquartiermeister entschlossen hätten, dies sofort dem Kaiser zu melden. Der Unterstaatssekretär laute darauf durchs Telefon, unter diesen Umständen könne er nun keine Möglichkeit mehr, die Abdankung zu vermeiden. Dem wurde nicht widersprochen.

„Salf, verlogen und demagogisch ...“

An verächtlicher Stelle teilte am Sonntag die „Freiheit“ mit, daß am Sonntag in Charlottenburg Unabhängige und Kommunisten gemeinsam Flugblätter verbreitet würden. Wahrscheinlich handelt es sich um die Schmähschriften des unabhängigen kommunistischen Volkspartei gegen die Mehrheitssozialisten. Denn wenn es gegen die Mehrheitssozialisten geht, sind die beiden wackeren Brüder einig. Sind sie aber unter sich, dann weist der Wind aus einem ganz anderen Loch. So kann man in der kommunistischen Arbeiterzeitung (Samburg) folgende Charakterisierung der U. S. D. lesen:

Die unabhängige Sozialdemokratische Partei gibt vor, sowohl für die Ziele der Sozialdemokratischen Partei als auch für die Ziele der Kommunisten zu kämpfen. Sie läßt sich wahrheitlich mit erborgtem Kriegsgewalt nur für die Sammlung der Arbeiter unter ihrer Parteiflagge zur Bekämpfung ihrer Feinde ein. Sie hat eine zweifelhafte Einzeligengebeide. Bei der politischen Kampf ist ihr nichts als Mittel zum Zweck. Im wirtschaftlichen Kampf hält sie sich an den alten Gewerkschaften und untersteht sich insofern in seiner Weise von der Sozialdemokratischen Partei — außer durch ihre Faltscheit und Verlogenheit. Die hysterische Form der Kritik, mit der sie die jetzigen Machthaber im Sinne überfällt, ist, wie ihr ganzes revolutionäres Wesen, nichts als der Deklamation, hinter dem sich ihre geistige Ohnmacht und Aufschüttelbarkeit, die konterrevolutionären Tendenzen ihres Kampfes um die Arbeiterklasse, verbergen. Die unabhängige Sozialdemokratische Partei ist der gefährlichste Feind des revolutionären Proletariats, weil sie das zweifelhafte, demagogische und kspalpolitische.

Diese lebenswichtige Charakterisierung wird sich die U. S. D. nicht hinter den Spiegel halten. Aber gegen die Kommunisten vorgehen, wird die U. S. D. auch nicht moagen. Denn es geht ihr zu wie vor der Revolution der freirevolutionären Partei: sie hat zwar Abgeordnete, aber keine Wähler. Es gibt in der Tat heute in Deutschland keine Unabhängigen mehr. Wo

die Unabhängigen regieren und arbeiten müssen, sind ihre Anhängermaßen angesprochen mehrheitssozialistisch, und ein Unterdrückter höchstens im Namen. Wo anders, wie bei und in Halle, ist die Masse der Unabhängigen angesprochen kommunistisch und steht auf Kanten, Haale und Silberberg. Und aus Grund, daß diese Tatsache offenbar werde, wegen die Unabhängigen gegen die Kommunisten kein Wort der Einwirkung.

Dämmert es?

In Sachsen ist ein schwieriger Fall eingetreten. Die Unabhängigen wollen sich nicht dem Vorwurf aussetzen, durch eine Politik der vollkommenen Verneinung die Sozialdemokratie zum Zusammenarbeiten mit dem Bürgerlichen gezwungen zu haben und haben darum eine Reihe von Bedingungen formuliert, unter denen sie mit den Sozialdemokraten eine gemeinsame Regierung bilden wollen. Darüber gibt es nun natürlich beim neuen Anhang der Unabhängigen viel offene Häuser, man sagt sich dort, wie es möglich sei, daß man sich mit den Mehrheitssozialisten vereinigen kann, die doch das Verbotnis an den Sozialdemokraten vertragen haben und überhaupt bekanntlich die größten Schelte sind, die Gottes Erdboden jemals trug. Die „Freiheit“ hat nun große Mühe, ihren Lesern schonend den Gedanken beizubringen, daß die freundlichen Redensarten, mit denen man in ihren Spalten die Mehrheitspartei zu regalisieren pflegt, gar nicht so ernst zu nehmen sind und daß das Zusammenregieren mit den „Mehrheitssozialisten“ unter Umständen doch eine ganz nette Sache sein könnte. Sie wird wieder, ganz wie in der schönen Zeit, da es im Berlin noch unabhängige Minister gab, hervorragenden verständig, indem sie eine theoretische Rechtfertigung des Zusammenwirkens mit folgenden Ermahnungen verbindet:

„Was die Kritiker des Fraktionsabschlusses gegen diese Auffassung ins Feld führen, war zunächst schwach. Selbst die entschiedensten Verfechter des Rätegedankens mußten zugeben, daß der Parlamentarismus neben dem Räteystem als brauchbar für den Kampf gegen die kapitalistische Reaktion beizubehalten ist. Um so unlogischer war es, wenn sie ohne weiteres die Konsequenzen des Parlamentarismus abzulehnten mit der merkwürdigen Begründung, die Waffen würden es nicht verfehlen.“ Als ob wir unsere Stellung nach der Stimmung der unaufgeklärten Masse und nicht vielmehr nach unserer politischen Überzeugung zu richten hätten! Das ist ja gerade unsere Aufgabe, die Massen aufzuklären und für den Sozialismus reif zu machen. Auch jetzt noch; denn die Unklarheit in der Arbeiterklasse ist noch immer ein erschreckendes großes Hindernis für die Arbeit. Wir können nicht finden, daß es die Massen richtig aufklären heißt, wenn man die Sozialdemokraten einmal als Kerle hinstellt, von denen ein ehrlicher Hund kein Stück Brot nimmt, und sich das andererseits herauf erklärt, die Ministerpartei zu sein und sich zu teilen, wenn man einmal den Parlamentarismus als eine vollkommen überlebte oberfaule Sache hinstellt und das andererseits „die Konsequenzen“ aus ihm zieht in der Richtung nach dem Ministerhotel. Die „Konsequenzen“ sieht man ja ganz deutlich — aber wo ist die Konsequenz?

Der Staatsgerichtshof.

WTB. Weimar, 18. August. (Drahtnachricht.) Der 8. Verfassungskonferenz trat heute nachmittags 5 Uhr während der Plenarsitzung zur Beratung zusammen, um die Vorläge des Unterstaatssekretärs zur Verlegung wegen Errichtung eines Staatsgerichtshofes entgegenzunehmen. Den Verhandlungen wohnten der Reichsminister des Innern Dr. Dohs und der Staatssekretär Delbrück bei. Der Bericht des Unterstaatssekretärs wurde einer sehr eingehenden dreistündigen Beratung unterzogen. Die Beratungen führten schließlich zur Annahme des folgenden Antrages des Unterstaatssekretärs an die Nationalversammlung: Die Nationalversammlung wolle beschließen an Grund der Verfassung des Deutschen Reiches Art. 13 alsobald einen Untersuchungsansatz an 28 Mitgliedern einzusetzen, der die Aufgabe hat, durch die Erhebung aller Beweise festzustellen:

1. welche Vorgänge um Ausbruch des Krieges geführt haben, seine Verlagerung veranlaßt und seinen Verlauf herbeiführt haben; insbesondere
2. ob Mängelheiten sich im Laufe des Krieges geboten haben, zu Friedensverhandlungen zu gelangen, und ob alle Möglichkeiten mit der erforderlichen Sorgfalt benützt worden sind;
3. ob im Bereich der politischen Stellen der Reichsleitung unter sich, zwischen der politischen und militärischen Leitung und mit der Volkvertretung oder deren Vertrauensmännern Treue und Glauben bewahrt worden sind;
4. ob in der militärischen und wirtschaftlichen Kriegsführung Maßnahmen angeordnet oder gebildet worden sind, die Vorzügen des Völkerrates verlegt haben oder über die militärische und wirtschaftliche Notwendigkeit hinaus grasen und hart waren.

Weiter hat der Verfassungskonferenz beschlossen, den Untersuchungsansatz mit der Ausarbeitung eines Gegenwertes wegen Errichtung eines ordentlichen Staatsgerichtshofes gemäß Art. 108 der Reichsverfassung und Ausdehnung seiner Zuständigkeit im Sinne des Verfassungsentwurfes zu beauftragen. Die Reichsregierung ließ durch den Unterstaatssekretär Delbrück ihre Zustimmung zu diesem Beschluß erteilen. Mit der Berichterstattung an die Nationalversammlung beauftragte der Verfassungskonferenz den Abg. Eingelmeier (Sop.).

Der Scheitern über die Betriebsräte.

Berlin, 19. August. Der Reichstag stimmte dem Gegenentwurf über die Betriebsräte im wesentlichen zu und die Regierung gab den Wunsch, daß der Entwurf wenigstens noch in der Beratung der Nationalversammlung behandelt werde, so daß der Entwurf während der Pause bis zum Wiederzusammentritt des Parlaments seine Beratungen erledigen kann. Ob es gelingen wird, diese erste Beratung womöglich am Mittwoch zu beenden, steht dahin. Bei der Geschäftsabfertigung des Hauses wird es, wie der „Allgem. Ztg.“ und „Weltmar.“ berichtet wird, kaum möglich sein, ein irgendwo verhandlungsfähiges Haus noch über den Mittwoch

hin aus abzumensurieren. Andererseits werde die Disposition vorgeschlagen alle Mittel anwenden, die erste Beratung nicht beenden zu lassen, falls viele ihrer Forderungen unbedingtheitlich bleiben sollten.

Begegnung der Reichsminister.

Der Reichsminister und Zentrum ist ein Initiativvertrag über Erhöhung des Wochenlohns und Besondere Löhre eingeleitet, auf Grund dessen u. a. der 1. 1908 der Reichsbesetzungsordnung durch einen § 195 ersetzt werden soll. Nach dem ersten Entwurf in dem, die im Jahre vor der Niederkunft mindestens sechs Monate lang gegen Krankheit verfallen waren, als Wochenlohn einen einmaligen Betrag in Höhe von 50 Mark für Geborenenwaise und ärztliche Behandlung, sowie eventuell ein Stügel bis zur zwölften Woche nach der Niederkunft. Ein neuer § 205 bestimmt, daß versicherungsfreie Familienmitglieder als Wochenlohn die Hälfte des Krankengeldes erhalten. Winderbemtete Wöchnerinnen, für die kein Anspruch auf Wochenlohn besteht, erhalten aus Reichsmitteln eine Wochenfristlohn.

Begrüßt wird der Antrag mit der Notwendigkeit einer Fortsetzung des ererbten Schutzes für den deutschen Radweg, die mit der Beendigung des Krieges keineswegs entfällt.

Geleit.

WTB. Rotterdam, 18. August. (Drahtnachricht.) Der Reichsminister, Herr Dr. Dohs, ist mit 37 verunletzten deutschen Gefangenen, 11 Fliegern und 10 Mannschaften aus England in Rotterdam eingetroffen. Die Weiterreise nach Deutschland erfolgt mittels Jagaritzungs.

Ein neuer Vorkandidat.

Aus Magdeburg wird dem „P. P.“ gebracht: Im Kreise Salze ist ein Vorkandidat ausgesprochen. Er ist hiesiger Landrat. Er verlangt die Vorkandidat einer Feuerschutzbehörde, der nicht bewilligt worden ist. Morgen finden vor dem Tarifamt Einigungsverhandlungen statt. Es besteht Aussicht auf gütliche Beilegung des Streiks.

Demokratie der Arbeitlosen in Adn.

WTB. Adn., 18. August. Heute mittag kam es zu einer großen Demonstration der Arbeitlosen, hiesigen Kaufmann und Arbeitervereine vor dem Rathaus. Versammlungs hatte in großen Säulenhallen eine Bestimmung festgelegt, in der die drei Gruppen eine Entscheidung annehmen, in der unter anderem von der Einsetzung der Kommission der Arbeiter und Arbeiterinnen, die von dem Reichsminister in Auftrag gegeben wurde, gebildet werden. Eine Kommission wurde auch dem Kaiserin entsandt, welche mit der Stadterhaltung verbunden und die Antwort zurückbringen sollte. Als der Beschluß kam, daß der Oberbürgermeister auf Antrag sei, beschloß die Teilnehmer, sich die Antwort selbst von dem Kaiser zu holen. Es waren circa 11 Uhr vor dem Rathaus, wo die Besprechung Dr. Söding anwesend, sofort mit einer Kommission die Verhandlung über die Forderungen aufnahm.

Die Kohlenlieferungen Deutschlands an die Entente.

Berlin, 18. August. Die von Deutschland zu erwartenden Kohlenlieferungen aus dem Ruhrgebiet an Frankreich haben ihren Anfang genommen. Die erste dieser Lieferungen beträgt, wie gemeldet wird, über eine Million Tonnen für den ersten Monat.

In den nächsten Tagen beginnt sich die sozialdemokratische Abgeordnete S. u. e. Weis an im preußischen Handelsministerium nach Versailles, um an den Verhandlungen mit der internationalen Kommission über die Kohlenlieferungen Deutschlands an die Entente teilzunehmen.

Die Behandlung Englands-Vorbringens in französischer Sicht.

Die sozialistische „Humanität“ bringt einen Artikel unter der Ueberschrift: „Die Gerechtigkeit in Lothringen“, der mit den Worten beginnt: „Folgt ein halbes Jahrhundert haben die Deutschen den Lothringen verlust. Lothringen zu germanisieren. Ein Jahr nach der Besetzung werden die Franzosen sich rühmen können, die Lothringen so weit gebracht zu haben, daß sie sich wieder nach der deutschen Herrschaft hängen.“

Amerikanische Stellung zum Völkerrand.

„Manchester Guardian“ meldet aus Washington, daß eine zuverlässige Schätzung der Stimmentenverteilung in den amerikanischen Senat ergibt, daß 41 Senatoren für die vorbehaltlose Annahme des Völkerrandens und des Friedensvertrages sind, 31 Senatoren sind unentschieden dagegen, wenn nicht einschneidende Veränderungen vorgenommen werden. Ueber die Ansicht von 24 Senatoren bezüglich der von ihnen gewünschten Vorbehalte oder Auslegungen beträgt die Unklarheit. Für die Ratifikation sind 64 Stimmen notwendig. Die Mehrheit ist also noch so ungenügend, daß lebhafteste Auseinandersetzungen über die Frage der Annahme des Friedens zu erwarten sind.

Isowolst überleben.

Isowolst, der letzte Vorkandidat des Jaren an der Seine, ist in Paris gestorben. Isowolst war ehemaliger Minister des Reichens und nachher bis Kriegsende Vorkandidat in Paris und hat von dort aus, namentlich in enger Gemeinschaft mit Delcaux, alles arrangiert, was schließlich den Weltkrieg auslöste. Man soll über Tote nicht schlecht reden. Doch das ist ein gefalteter: Somet für diesen Krieg Einzelpersonen überhand zu veranlassen, ist nicht gemacht werden können. Recht Isowolst in bereit vorderer Reihe. Auch das ist ihm so viel gebracht, wie allen anderen.

Die Verlegung der ungarischen Regierung.

Nach einer Meldung des Ungar. Tel.-Korr.-Bureaus richtete die Kabinettsabteilung der ungarischen Oberkabinettsminister an sämtliche Verwaltungs- und Polizeibehörden, sowie an die ungarische Polizeidirektion das Ersuchen, nach 1. August in Budapest zu arbeiten, darunter Bela Kun, Eugen Sandler, Eugen Samburger, Bela Cseley, Gyula von Kunfi, Wilhelm Boehm, Julius Gevel, Heinrich Radman, Moriz Erdöly, ferner nach dem früheren Präsidenten des ungarischen Soldaten- und Arbeiterrats Bernmann, die des

Wortes, das Stimmes, der Zustimmung, der Verleugung des Botschafters als Täter oder Mittäter vorbestimmt sind, zu haben und sie im Falle ihrer Ergreifung in Untersuchungshaft zu nehmen.

Nach Eisenbahnerstreik in Belgien.

Amsterdam, 18. August. Ganz-Preter melden aus Brüssel, daß „Hilfszüge“ zufolge die Eisenbahnanlagen nach einer Unterbrechung ihrer Belegungen mit dem Mittelverkehrsbeschlüssen beschlossen haben, nicht zu arbeiten.

Warum mußten wir nach Versailles?

Von der Friedenskonferenz zum Friedensvertrag. Von Oskar Müller.

Von erschütterter Ueberzeugung ist das, was Müller hier ausführt, um zu zeigen, wie das deutsche Volk nicht nur trotz einer Siege, sondern gerade durch die dahin gelangte, daß es schließlich im schweren Gang nach Versailles gehen mußte. Ganz besonders erschütternd ist es zu sehen, wie die Ereignisse, die wir für einen wichtigen Fortschritt zum Endziel hielten und hatten mühen, nur zu unerwartungsgünstigen schweren Niederlagen beitragen sollten, so der glänzenden Herbstfeldzug 1917 am Jönio, der das wankende Österreich stürzte und die Reihen der Feinde erschütterte sollte. — er hat auf der einen Seite durch Ueberzeugung unserer Siegesgenossen weiteres Suchen nach Verständigungstendenzen unterbunden, abgelehnt, — auf der anderen Seite unsere Gegner zum Entschluß einer einheitlichen Kriegsführung zur Bildung des Deutschen Kriegszustats anspornt. — so daß Müller in seiner schlichten klaren Rede das Urteil abgeben kann: „Der Sieg am Jönio war die Geburtsstunde unseres Ueberwinders.“ Unser Unglück war, daß wir die Grenze des Möglichen nicht ertranten und daß die politische Reichsleitung und die öffentliche Meinung sich durch den Siegesmühen der Herbeistellung immer wieder verleiten ließ, mit dem Suchen nach einem Verständigungstendenzen nicht den nötigen Ernst zu machen, auch da nicht, wo die Möglichkeit gegeben war! Gelegenheit war da, aber sie wurde verpaßt. Daß unsere Bundesgenossen zum weiteren Suchen mühen, ja schon eigentlich zusammengebrochen waren, wurde nicht genügend beachtet, ebenso wie die immer dringender werdende Gefahr eines Zusammenbruchs der eigenen inneren Front. So kamen wir schließlich durch Ueberpannung der patriotischen Haltung bis über die Grenze des Möglichen dahin, daß wir den schweren Gang nach Versailles gehen mußten. Müllers Darlegungen sind von einer tragisch erschütternden Klarheit. Er schließt sie mit dem dringenden Ausruf: „Nicht die Streitfragen zum politischen Selbstzweck zu machen, sondern alle Kräfte zusammenzufassen zum Ueberleben.“

Kurze Notizen.

Die bayerische Regierung wieder in München. Die bayerische Regierung ist gestern von Bamberg nach München übergesiedelt. Rosenloot in Oesterreich. Wegen der Rosenloot mit ab Dienstag, den 19. d. M., bis auf weiteres der Güterverkehr auf der Südbahn gänzlich eingestellt. Keine Verhaftung des englischen Bergwerks. „Dahin Kommt“ zufolge hat sich die britische Regierung jetzt einmütig gegen die Verhaftung der Rosenlootwerke entschieden. Zusammenstoß in Island. „Allgemeines Handelsblatt“ meldet weitere Zusammenstoß in verschiedenen Teilen Islands zwischen der Bevölkerung und dem Militär. Magin Gostl erkrankt? Wie verlautet, ist Magin Gostl erkrankt und von dem bethätigten letzten Kommandanten und Major Peter Tropper ersetzt worden sein. Bomben. Keine Ursachen — große Wirtungen. Ueber den Anschlag in Kaspar in Britisch-Indien wird gemeldet, daß sehr 172 Personen vor Gericht gestellt wurden. Die Ursache des Anfalls bestand darin, daß die Hindus dagegen protestierten, daß die Mohammedaner eine Kuh opfereten. Im Laufe des Anfalls wurde das ganze Dorf eingeschloßen und 30 Mohammedaner erkrankt. 600 angestellte Hindus wurden zum Tode verurteilt und 166 ausgewiesen.

Deutsche Nationalversammlung.

WTB Weimar, 18. August. 82. Sitzung. Am Regierungssitz: Erzberger, Dr. David, Müller, Koste und Dr. Bell. Präsident Preussner eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 25 Minuten.

Als erster Punkt steht auf der Tagesordnung die erste und zweite Beratung eines Gesetzes über einen Kreditbetrag für das Jahr 1919.

Dadurch soll der Reichsfinanzminister ermächtigt werden, zur Verteilung einmaliger außerordentlicher Ausgaben 9 Milliarden Mark im Wege des Kredits zu beschaffen.

Die Reichsparteien unternehmen hierbei einen Vorstoß, um die Ablegung dieses Beratungspunktes von der Tagesordnung durchzusetzen. Sie führen Formulierer und nicht redaktionelle Bekanntheit des Gegenstandes vor, in Wirklichkeit wollen sie aber nichts anderes als der Regierung Schwierigkeiten machen. Das wird den Herren auch von Erzberger und den Vertretern der Reichsparteien in einer ziemlich ausgedehnten Geschäftsordnungsdebatte mit aller Deutlichkeit gesagt.

Der Antrag der Demokraten wird gegen die Stimmen der Reichsparteien und der Unabhängigen abgelehnt.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzes über einen Kreditbetrag für das Jahr 1919.

Reichsfinanzminister Erzberger erklärt unter Hinweis auf seine Ausführungen im Verlauf der Geschäftsordnungsdebatte, daß er nach Erzielung der ersten Lesung des Gesetzes und Verweigerung an den Ausschuss der Mittelung zur Begründung machen werde.

Abg. Dr. Bernburg (Dem.) beantragt Verweisung der Vorlage an den Ausschuss.

Das Haus beschließt dementsprechend. Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes über die Entschädigung der Infolge der.

Erinnerung der Wehrmacht ausfindenden Offiziere. Den Bericht erstattet Abg. Dr. Oberländer (Dem.).

Abg. Gellmann (Dem.). Das Gesetz gibt die Gelegenheit, ein Gedächtnis Dankes an die Offiziere auszusprechen. Wir beschließen es, daß wir ihnen den Ueber-

gang zu einem anderen Beruf damit erleichtern können. Wir behalten uns etwaige Anträge vor und werden auch gegebenenfalls für solche noch anderer Seite klünnen.

Abg. v. Graefe (Dn.). Das Gesetz sollte mit Einmütigkeit angenommen werden, weil es den Dank der Nation für einen Teil der Armee ausdrückt. Wegen alle Mißverständnisse ist selbstabzugeben, daß es sich hier in erster Linie um eine Reibstränge handelt. Wir mühen uns völlig klar darüber sein, daß die Ursache des Gehelms im Friedensvertrage liegt. Doch der Nachweis der Behauptung verlangt wird, ist unerträglich.

Reichswehrminister Noke:

Es ist richtig, daß sich viele Offiziere in nächster Tage befinden, daß es einen beträchtlichen Anstieg von Kapitalitäten gegeben zu erlösis geht, und dieser Zustand wird durch die Ausführung des Friedensvertrages, der von der Regierung ehelich und loyal durchgeführt wird, noch eine weitere Verbesserung erfahren. Wir mühen

Zeitnaufende von Berufsoffizieren entlassen.

Vor der Öffentlichkeit muß ich feststellen, daß Zweifel daran geäußert worden sind, ob Deutschland den Friedensvertrag loyal durchführen werde, auch in militärischen Fragen, und daß falsche Behauptungen über die Zahl der noch vorhandenen Soldaten aufgestellt worden sind. Namentlich hat die unabhägige sozialdemokratische Presse solche total falschen Behauptungen gebracht und damit in Frankreich eine Hauptrolle wahrgenommen, so daß Frankreich sich nicht entschließen kann, uns zugeben (Schlosses, S. 102), weil man befürchtet, sie könnten eine Vermehrung der deutschen Streitkräfte übertriebene Vorstellungen machen. Falls ich die Auffassung, und sie wird von verdächtiglichen Offizieren nicht geteilt, daß das Reich ihnen gegenüber eine besondere Dankesspflicht zu erfüllen habe, weil sie sich in den Tagen der Revolution zur Verfügung gestellt hätten, um gemeinsam mit der Regierung Deutschland vor dem Chaos zu bewahren. Die Offiziere haben damit nicht zuletzt auch ihrem eigenen Interesse gehandelt. Die Vorgänge in der Kommission hat Herr v. Graefe durchaus tendenziös besprochen. Der Ausschuss hat die Vorlage der Regierung geändert; aber von ihrem Grundgedanken ist er nicht abgewichen. Das nicht alle Wünsche reiflos erfüllt werden können, bedauere ich. In der Tatfrage ist nicht zu denken, daß Herr v. Graefe in der Kommission gesagt hat, man mühe die ruhig in das Gesetz noch mehr hineinschreiben, man mühe doch, daß Deutschland nicht in der Lage sei, das Zugeständnis zu erfüllen. (Großer Armee und erregte Jurte.) Die Regierung darf

eine solche Politik nicht treiben.

Was in Aussicht gestellt wird, muß auch tatsächlich gezahlt werden können. In beiden Gesetzen ist der sogenannte Härteparagraß aufgenommen worden, der dem Finanzminister und mit die Berechtigung gibt, zur Verringerung hervorretender Mängel alles Zwerdientliche zu veranlassen. Ja gebe die bündige Erklärung ab, daß davon in der wohlwollendsten und wohlverhägigen Weise Gebrauch gemacht werden wird.

Reichsfinanzminister Erzberger:

Ich stimme mit dieser letzten Erklärung vollkommen überein. Ganz besonders wird unser Wohlwollen dem sogenannten Kriegseinsatz und der Lösung der Frage der Umzugsgebühren gelten. In weitgehendem Umfang ist das Entgegenkommen der Regierung gewährt. Die Reichsregierung ist von dem rechtsten sozialen Verständnis gegenüber diesen Bevölkerungsklassen getragen, und die Ausführung der Gesetze wird zeigen, daß es sich nicht um Worte, sondern um praktische Taten handelt.

Abg. Stülcken (Soz.). Der Gehelentwurf erfüllt die moralische Pflicht des Reiches. Eine rechtliche Pflicht können wir nicht anerkennen, den Offizieren in der Uebergangszeit zu helfen. Von der Pflicht einer besonderen Dankbarkeit den Offizieren gegenüber kann man nicht sprechen. Gewiß, die Offiziere haben im Kriege ihre Schuldigkeit getan mit Ausnahme derer, die in der Etappe und weit vom Schuß angenehme Stellungen befehligt haben, und die

leider trotzdem auch unter das Gesetz fallen.

Aber die einseitige Betonung dieses Gesichtspunktes würde dahin führen, daß den Offizieren eine Belohnung für Kriegsdienste gegeben werden soll. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Offiziere die Regierung unterstützt haben, so lag das auch in ihrem eigenen Interesse. Bei der Ueberführung der Offiziere in den Zivilstand in Reich, Staat und Gemeinden müssen die militärischen Rangverhältnisse völlig ausgeglichen. Wir sind der Meinung, das Gesetz ist so gut, daß es einstimmig angenommen werden könnte. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Wittmann (D. Wp.). Die Auffassung, als ob die Offiziere mit ihrem Eintritt für die Regierung auch ihr eigenes Interesse vertreten, wenn es nicht zu helfen. Der Regierungsentwurf hat im Ausschuss eine harte Beurteilung zur Genüge erfahren, hat im Ausschuss eine sehr harte Beurteilung durch die beiden Regierungsaktionen erfahren. Seitens des Betrumms wurde er als dürftiges Machwerk mit dürftiger Begründung bezichtigt. Mit dem ursprünglichen Entwurf war man in Offizierkreisen durchaus zufrieden. Das Gesetz ist aber im Ausschuss dermaßen verfeinert worden, daß das Ausschussergebnis tatsächlich in den Rechen der Regierungsvorlage nicht nur nicht hineinpaßt, sondern ihr diametral gegenübersteht. Wir können dem Gesetz nicht zustimmen, wenn Sie unsere grundsätzlichen Änderungsanträge ablehnen.

Rachmittagsitzung.

Am 14 Uhr erklärt Reichspräsident Sauffmann die Sitzung für wieder eröffnet.

Am Regierungssitz: Noke, preußischer Kriegsminister Reinhardt und Dr. Bell.

Die zweite Beratung des Entwurfes eines Offiziersentschädigungsgesetzes wird fortgesetzt.

Abg. Wolf (Änt.). Der politische Grundgedanke des Gesetzes ist vom Zentrum und von den Sozialdemokraten nicht im geringsten angefochten worden. Wir haben uns nur gegen das gewendet, was so viel an altem Regierungsgeld in dem Entwurf noch enthalten war. Die ganze Stellungnahme der Demokraten und der Volkspartei läuft auf Agitation hinaus. (Überdrück rechts.) Alle älteren Offiziere, die Anspruch auf Pensionierung nach dem alten Gesetz haben, wenn sie dienstunfähig sind, fallen überhaupt nicht unter dieses Gesetz. Den Redaktionspunkt haben wir keineswegs verlassen. Nach der Fassung, die die Regierung im Ausschuss vorgelegt erhalten hat, kann man einen Behauptungspunkt nicht mehr die Rede sein. Bei unserem Finanzplan würde die Eingehaltung der Kriegseinsatzentsätze in die Vorlage nicht einmal der Billigkeit entsprechen.

Preußischer Kriegsminister Reinhardt:

Ich stehe nicht an, meinen Dank auszusprechen für die außerordentlich eingehende Arbeit, die der Ausschuss dem Gesetzentwurf gewidmet hat. Ich erlaube auch mir, daß er in manchen Einzelheiten das Gesetz verbessert hat. Andererseits kann ich allerdings keinen Zweifel darüber lassen, daß die Vorlage nicht so aussieht, wie wir sie gewünscht hätten. Nur bedeutet in unseren Augen der Behauptungspunkt gewiß keine Verbesserung. Wichtiger ist

die Frage der Kriegseinsatzentsätze.

Die Kriegseinsatzentsätze, das ist richtig, haben am wenigsten Anspruch, aber sie sind der Zahl nach die große Masse derjenigen, die jetzt berufen sind, und sie haben es besonders nötig. Für den Fall, daß sie nicht mehr in das Gesetz Aufnahme finden sollten, sind aber der Reichsfinanzminister und der Reichsminister für die Aufsicht, daß sie auf Grund des Härteparagrafen in gewissem Umfang nach Maßgabe derjenigen Dienste, die sie nach dem Kriege dem neuen Staate geleistet haben, entschädigt werden sollen. (Sehr, hört! bei den U. S.) Von großer Bedeutung ist ferner die Binde, die bezüglich der Nichtanerkennung der Uebergangszeit zu Ungunsten der Offiziere geschaffen worden ist. Was anderen Beamten auf Grund des allgemeinen Beamtingesetzes zugestimmt ist, soll hier den Offizieren verweigert werden. Ich würde es sehr begrüßen, wenn durch eine beschränkte Lösung dieser Frage voll die Berechtigung in die Kreise der Offiziere hineingetragen wird. In der Frage der Umzugsgebühren soll auf Grund des Härteparagrafen nach Möglichkeit geholfen werden. Auch wenn man eigenen Erfahrung; so hat manche Teilnehmer gegeben, die wohlwollend abgehört haben, Staatsnarr zu werden, weil sie mühen, daß diesen Staatsnarr eine schwere Verantwortung auferlegt wurde, und daß sie einen sehr viel höheren Prozentsatz zum Sterben liefern mühen, als manche anderen. Also ganz verdienstlos sind diese Kriegseinsatzentsätze nicht. Was dann

Die Agitation der Offiziere

anlangt, so möchte ich sagen: soweit Ungehörigkeiten dabei vorgekommen sind, so haben sie niemanden oder die entsprechende Zurückweisung gefunden. Es ist darüber anzuerkennen, daß auch diejenigen Elemente unter den Offizieren, die durch das Geld wirtschaftlicher und sozialer Art in eine Zeit Verweilung hineingetrieben worden sind, sich nicht gegewissen überadäquaten Elementen als Führer zur Verfügung gestellt haben.

Abg. Seger (U. S.). Das Gesetz will den Offizieren und Unteroffizieren wieder eine bevorzugte Stellung geben. Das heißt mit als unbedenklich ab. Der Staat zwischen der Regierung und der Reichsparteien bedeutet nur, daß sich beide bei den Offizieren in ein möglichst günstiges Licht setzen mühen, ist also nur ganz gewöhnliche Konturrennd. Seine Angriffe gegen uns, wir verüben die Führer der Gefangenen, hat Noke nicht bewiesen und kann es auch nicht. Die Vorlage ist gänzlich unbegründet und finanziell nicht zu veranworten. Wir lehnen die Vorlage ab.

Reichswehrminister Noke: Wenn im Auslande die Sorge vor der deutschen Militärmacht nicht besteht, und deshalb die Frage der Kriegseinsatzentsätze nicht weiterkommt, so tragen allerdings die Freunde des Vordereins dazu bei, indem sie dort falsche Vorstellungen über die deutsche Militärmacht hervorbringen. Doch gehen wir die Freiheit gestellt, auf der sozialistischen Konvention habe ein Redner der Unabhängigen die Zahl der deutschen Soldaten auf 800 000 bis eine Million beziffert.

Das ist eine nichtswürdige Verdächtigung Deutschlands, die die armen Kriegseinsatzentsätze zu süßen haben. (Sehr richtig! bei der Mehrheit; Unruhe bei den U. S.) Deutschland hat jetzt rund 400 000 Mann, aber sämtliche Leute darin eingeschlossen in Kurland und Litauen und der gesamte Grenzschutz. Diese Truppen verteilen sich bis vor kurzer Zeit zur Hälfte auf den Grenzschutz, die anderen im Innern des Landes. Inzwischen sind Beschreibungen eingetreten, da aus dem Osten beträchtliche Truppen abtransportiert sind. Genaue ist es auch ein Unfuss.

Daß 30 000 deutsche Soldaten bereit seien, in den russischen Dienst überzutreten.

Das ist nicht wahr. Bis 1. Oktober wird die Ueberführung bis auf 250 000 Mann durchgeführt sein. Selbstverständlich ist, daß über alle Einzelheiten der deutschen Ueberführung in offener und lokaler Weise mit den Vertretern der Entente Rücksprache genommen wird, sobald deren Vertreter zu solcher Rücksprache bereit sind. Inoffiziell kann ich mich aber auf das berufen, was ich bereits gesagt habe. Bisher haben Offiziere, soweit sie für das Gesetz in Frage kommen, nichts weiter getan.

als was die Arbeiter als ihr Recht betrachten, nämlich ihrem Unwillen Ausdruck geben. Gegen solche aber, deren Ton mir besonders unangenehm erschien, bin ich eingeschritten. Das außerordentlich wertvolle Membranentwurf haben geworden wird, muß unserer Volkswirtschaft und dem Lande erhalten werden. Das ist der Zweck des Gesetzes. Auch den Militärdisziplinieren haben wir ein militärisches Maß nach Nachsicht zugewandt. Wir haben diese Betriebe weil über das von der Finanzlage Erlaubte hinaus geführt. Wir hätten schon früher einmal eingreifen sollen. Sie bewahren für Wohlwollen, wenn Sie uns möglichst bald ins Land setzen nun praktisch auch die Ueberführung durchzuführen.

Damit schließt die allgemeine Beipredung.

Zu S. 2, der von den Uebergangsgebühren handelt, liegt ein Antrag Dr. Haas (Dem.) und Genossen vor um Sinnhaftigkeit eines Abkasses 4, der die Uebergangsgebühren für die Reichsträte ausbeutet auf die Unterhöglichen. Der Antrag wird angenommen. S. 15 bestimmt, daß in Fällen, in denen sich aus dem Beschlüssen des Gesetzes Härten ergeben, der Reichswehrminister im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister einen Ausgleich gewähren kann.

Reichsfinanzminister Erzberger gibt die Erklärung ab, daß für Justizoffiziere eine besondere Regelung getroffen wird. Der Minister schlägt vor, das Gesetz am 1. September 1919 in Kraft treten zu lassen.

Preußischer Kriegsminister Reinhardt: Die Regierung schlägt den Härteparagrafen so auf, daß er auf Kriegseinsatzentsätze, die nach dem 1. April 1919 weiterentgelt haben und dadurch einen Rückschritt im Beruf erlitten haben, angewandt werden soll, und das schließt nicht aus, daß er in Ausnahmefällen auch Anwendung auf Offiziere findet, die vor dem 1. April 1919 aus dem Heere ausgeschieden sind.

Darüber wird der Paragraß mit großer Mehrheit angenommen.

Zu S. 16 wird gemäß dem Vorschlage des Reichsfinanzministers beschloßen, das Gesetz am 1. September 1919 in Kraft treten zu lassen.

150 Mt. Wädertberg und 420 Mt. für Einzahlung in der Ver-
sammlung bezahlt werden. Ausweisliste mitbringen.

**Grüner Gesellschaften des Räter-
Kommunismus in
Walden.** Es wird auf die heutige Gruppierung der
Partei „Die Räte“ in der von Georg Berno aus-
gesprochenen Ansicht, ein Wert durch seine Handlung und multi-
fachen Schichten bekannt ist und hat seit Jahren einen her-
vorragenden Platz im Spielplan aller Dörfchenbewohner ge-
funden. Die Direktion weist darauf hin, daß zwei Plätze nur bei
rechtzeitiger Bestellung am besten bis zum Tage vorher, zu
haben sind.

Das Mitteln. Morgen Mittwoch, abends 8 Uhr, findet
eine Konzeption vom Sekretär-Ordnung der Leitung der
Direktors Richard Seifert statt. Die Vortragende enthält Werte
von Herz, Geduld, Wagner, Bittel, Auber, Connob, Malheur,
Gilbert, Kollo und Blantzenburg. Die Eintrittspreise sind aus-
der Anzeige zu ersehen.

Aus der Provinz.

Die unabhängigen Kommunisten.

Unter der Überschrift „Wunderliche Vögel“ bringt
das kommunistische Organ für Mitteldeutschland, der
„Krausenkapf“, folgendes ergötzliche Charakterbild der
lieben Unabhängigen:

Eigenartige Vögel treten jetzt in die Erscheinung.
Sie müssen eine wunderliche Entwicklung durchgemacht
haben, denn fonderbare Eigenschaften und Gebowheiten
vereinigen sich in ihnen. Wir meinen die unabhängigen
Kommunisten.

Die Art politischer Vögel ist nicht selten. Am
häufigsten kommen sie in Mitteldeutschland vor. Ihr
Vesiedelort liegt den Kommunisten tausend östlich. Nur
bei genauer Prüfung löst sich ihr unabhängiges Kleid
erkennen. Sie antworten kommunistisch und rechnen
es sich bei ihrer angeborenen Eitelkeit besonders hoch
an, wenn sie noch radikal zwitschern können. Sie
können aber ebenso gut (sozialistischer) trällern, je
nachdem, wer sie im Käfig hat. Ihr Schwalbe singt
gründlichst daselbst wie die Kommunisten. Die Artikel
sind beängstigend scharf, sobald der Vogel sie aber an-
wenden will, wirken sie schwächelnd und freischend.

Als Untergrund wählen diese fonderbaren Geschöpfe
einen Rat. Anfanglich begnügen sie sich mit dem
Arbeiterrat, bietet sich aber Gelegenheit, so suchen sie
auch in einen Gemeinderat, Stadtrat, Kreisrat oder
Landrat zu schlüpfen. Die ausgefeimtesten Vögel fühlen
sich nur wohl, wenn sie in allen Räten zugleich mit
schwächelnd können. Beim geringsten Anlaß werden sie
sorglos und launisch aufgeschüttelt. Rindern sie aber
den leichten Widerstand, so gehen sie vor und wechselläufig
von dannen. Auch ganz lauter sind diese Vögel nicht.
Sie belächeln ihr eigenes Nest, in denen sie sitzen.
Wunderliche Vögel — diese unabhängigen Kommu-
nisten.

**Versteht. Sabotage an deutschem Volk-
sgut.** Zum 1. September beabsichtigt die Mansfelder
Gewerkschaft das größte Werk des Reviers, den Pauls-
schacht, stillzulegen. Es ist anzunehmen, daß in letzter
Zeit nicht genug Profitlöhne in die vollgestellten Kapita-
listischen gewandert sind und deshalb wird selbst-
herrlich Kurschluß gemacht, indem die Parole „Unruhe-
tag“ ausgegeben wird. Erstens geraten tausende von
Verarbeiteter in eine bedrückte Lage und zweitens wird
wegen „Unruhehaftigkeit“ überaus wichtiges National-
eigentum einfach im Schatz der Erde befallen. Wir
wissen doch, daß die unzureichenden Interessen, die Reichs-
behörden hier ganz entschlossen einzuwirken werden. Sie
treulicherweise sind ja die Ketten vorwärts, wo irgendein
Aktionskreis zu bestimmen, wie es hier versucht wird,
in unier Wirtschaftsgut und Volksleben eingreifen konnte.

Waisengans. Die Unabhängigen und der Sturz
Königens. In einer von der U. S. P. einberufenen
Versammlung mit dem Stichwort „Sturz der ungarischen Räte-
republik“, vertrat der Bezirksleiter Döhlner mit viel Worten
wenig Weisheit. Er gab zu, daß der Rätegedanke in Ungarn
eine erhebliche Niederlage erlitten habe. Daß es mit der un-
garischen Räterepublik nicht anders Ende nehmen könnte, hätten die
Einseitigen in der U. S. P. vorausgesehen. Vor Tilsch las
es auf dem unabhängigen Druckpapier anders. — Die Masse in
Ungarn, die die Bürgerlichen, als sie mit ihrem Väterlein zu Ende
waren, die Macht gelehrt hätten, wären zu ihrer Ausübung
noch nicht reif gewesen. Doch auch die „sozialistischen
Gewerkschaften“ denen Bela Kun die Regierung abge-
traten hatte, hätten sich als unfähig erwiesen, die Macht
schon nach 4 Tagen das Feld kamplos der Reaktion überlassen.
Doch nicht ungarischen Genossen gegen den Machtbruch der
Entente machtlos waren, unterlag der Referent seinen Hörern.
Das Interlaken seiner Redeliebe war die Ankündigung
eines nahe bevorstehenden Kampfes, den die U. S. P. mit aller
Ihr zu Verfügung stellen würde, um die revolutionäre Um-
trempelung der Gewerkschaften führen würde. Und weiter
konte der Bezirksleiter, nach einem Hinweis auf die kommu-
nistische Ablehnung der gewerkschaftlichen Organisationen, des
Parlamentarismus und anderen Einrichtungen, daß der U. S. P.
sein Kampfmittel zu schäben lie, um von ihr nicht zur Erreichung
Ihrer Ziele angewendet zu werden. Dem, der die Kampfmittel
der Unabhängigen kennt, lagte er mit diesem launischen Aus-
spruch nichts Neues. Entgegen aller sonstigen Gepflogenheit
waren die Mehrheitssozialisten diesmal in geringerer Maße
gegenüber unabhängiger Appelle. Zurückschließen war dies
darauf, daß der ganze Groll, dessen sich die U. S. P. gewaltig
fähig ist, diesmal den „Widern von Ints“ gibt. In ihren längsten
Reden, seinen Reden, seinen Reden, seinen Reden, seinen Reden,
den billigen Vorbeur der U. S. P. Hauptlinge zum Gaudium der
Menge arg gerückt. Die meisten Ausführungen des Redners
reimten sich sehr leicht zusammen. So prophezeigte er für die
nächsten großen Wahlen eine gewaltige Verschönerung des Stimm-
verhältnisses zugunsten der Unabhängigen auf Kosten der Mehr-
heitssozialisten. Am pätersen Verlauf seiner Rede, was er jedoch
angenehm des nun möglich erfüllten Seales die Frage aus, wo
denn überhaupt die Waisengans Rätepolitik auf einem solchen
Wend der Seerschaft lie. Sie schloß, antwortete er selbst. Wie
der unabhängige Generalstabschef mit einem schlafenden Heere
Wahlkämpfe gewinnen will, ist ein von jeder Übung un-
abhängiges Rätsel, die die hiesige Arbeiterschaft zur
Stunde noch nicht schlafen, wohl aber in der Richtung des
denen Gesdächtes müde. Und es besteht die Gefahr, daß sie in-
folge der unabhängigen Impotenz, die wirtschaftliche Lage des
arbeitenden Volkes zu dessen, und angezeit von der wahren Lage,
die die unabhängigen Demagogen gegen die sozialistische Mehr-
heitspolitik betreiben, politisch gleichgültig werden. Wichtiger
als die Besantierung der Räte ist die Besantierung der
Referent ihre Besantierung in den Köpfen der Arbeiterschaft,
und dies ist erreicht. Später dann, als Antwort auf verschiedene
Zurufe, erklärte er, daß die Aufgabe der Räte von den meisten
Arbeitern noch gar nicht verstanden würde. So lei der Lenauer
Betriebsrat (besteht fast nur aus Unabhängigen) zu einer bloßen
Kommunistenversammlung und hierüber Arbeiterschaft (siehe
unter dem Buchst. Döhlner) zu einem „Wochen für alle“ ge-

worden. Während des Referates ließen sich eine ganze Anzahl
kommunistischer und unabhängiger Rednergehören hören. Jed-
em ist gütig zu empfehlen, die Unabhängigen in der ersten
Handen. Kon den Solopredern des ärmlichen Streites wählten
Unabhängigen und Kommunisten war am bemerkenswertesten
eine andere unabhängige Kollation, der Geschäftsführer
Chelbowitz. Er erweiterte den Äußerungen, das parlamentarische
Progrum besser als das mehrheitssozialistische zu kennen und wozu
es dazu ist, was eigentlich die Unabhängigen von den Kommu-
nisten unterscheiden, er vermöge in den Beiträgen selber
Parteien keinen Trennungspunkt zu erkennen. Anfolgebefehle
dies doch seine Ursache zur gegenseitigen Befehdung vor. Daß
die Kommunisten grundsätzliche Sozialistatoren, wirtschaftliche
Sozialdemokraten aber allein die Mehrheitssozialisten sind,
während die Unabhängigen nur ein flüchtiges Kompositum vieler
beiden darstellen, will den U. S. P. Führern noch immer nicht ein-
schleudern. Die Arbeiter aber fangen es auch hier an zu begreifen.
Und hierin liegt einzig und allein die Erlösung dafür, daß der
größte Teil der Arbeiterschaft, trotz der großen tönen Plätze
an den Anführerplätzen, den unabhängigen Bestimmungen fern-
bleibt.

Waisengans. Neuregelung des Seifenverkaufs.
An Stelle der R. U. Seife tritt vom Monat September ab eine
Veränderung der Bevölkerung mit folgenden Seifenereignissen
ein: 50prozentige Feinseife in 100-Gramm-Stücken (das Stück zu
120 Mt.) oder 80prozent. Kalkseife in 50-Gramm-Stücken (das
Stück zu 60 Mt.) oder 40prozent. Kalkseife in 100-Gramm-
Stücken (das Stück zu 80 Mt. bzw. 160 Mt.). Diese Er-
gebnisse dürfen nur gegen Feinseifen-
abnahme abgegeben werden. Es sind aller-
forderlich: 2 Feinseifenabnahme für das Stück Feinseife zu
100 Gramm, 1 Feinseifenabnahme für das Stück Kalkseife zu
100 Gramm, 2 Feinseifenabnahme für das Stück Kalkseife zu
100 Gramm, 4 Feinseifenabnahme für das Stück Kalkseife zu
200 Gramm. Der Preis für 250 Gramm Seifenpulver ist auf
45 Mt. erhöht. Die einmalige Abgabe der genannten Feinseife
erfolgt auf den Oktober-Feinseifenabnahme. Alle
Verbraucher haben sofort, spätestens bis zum 31. August, die
Drohseifenabnahme bei dem Kleinhändler abzugeben, sie
erhalten dafür einen Gutschein für den 1. September die
Seife entnehmen können. Für die späteren Monate ist, was die
bisherige Verfahren beizubehalten.

**Naumburg. Mitgliederbesammlungen des sozial-
demokratischen Vereins.** Am Mittwoch, den 20. d. M.,
findet abends 7 1/2 Uhr im „Reichshaus“ unsere nächste Mit-
gliederbesammlungen statt, in der Gen. Besage über das Sozial-
demokratische Programm. Es ist Pflicht aller Genossen und Ge-
nossinnen, die an der Besammlungen teilnehmen wollen, sich be-
reit zu bringen, die Besammlungen zu den wichtigen Themen der
Lagesordnung beizubringen.

**Schöna. Öffentliche Versammlung der sozial-
demokratischen Partei.** In einer gut besuchten Besammlungen
sprach Gen. Krüger-Weber über die politische Lage
Deutschlands. Die Zuhörergruppe war sehr aufmerksam und reicher
Beifall setzte die Ausführungen der Reden entgegen. Die Dis-
kussion sprach Gen. Krüger-Weber über den Kampf und den
Kämpfer. Von den Zuhörern auch im höchsten Grad vor-
handenen Schreier meldete sich nicht ein einziger zu Worte.
Gen. Krüger rechnete daher im Schlußwort noch extra mit
ihnen ab und zeichnete ihre Freiheit, die sich in der Arbeit-
politik der Arbeiterschaft gegenüber immer am besten ausstößt.
Die Besammlungen sind sehr erfolgreich verlaufen.

Siebersfeld. Bergmannslos. Durch niedrigeren
Gehalt wurde am Sonntagabend auf dem Bergmanns-Schacht die
21-jährige Bergmann Karl Bornemann von hier so schwer verletzt
(Schädelbruch und verschiedene Rippenbrüche), daß er kurze Zeit
nach seiner Einlieferung in das Hettfelder Knappheits-
Krankenhaus verschied. — Sonntag früh wurde der Bergmann
Karl Gebel von hier auf dem Bergmanns-Schacht durch schlagende
Wetter so schwer am Kopf verletzt, daß er am 1. September
am Oberkrieger, verstarb, nach seiner Überführung ins Hett-
felder Knappheits-Krankenhaus erfolgerlich war.

Aus aller Welt.

Berlin, 18. August. Ein politischer Mord! Nach
der „B. Z. o. M.“ stellt sich der Mord an dem landwirtschaftlichen
Inspektor Blau nach den neuesten Ermittlungen als ein politischer
Mord dar, der von den Kommunisten an dem
von ihnen des Spiegeltums verdächtigen Manne verübt
worden ist.

Blau soll in Bayern, besonders in München, im Dienste
der bayerischen Regierung gegen die Kommunisten tätig ge-
wesen sein. Als er am Abend des 1. August hier in einer
kommunistischen Versammlung in der Aula des Friedrichs-
Realgymnasiums erschien, wurde er erkannt, durchsucht und
von dem leitenden Komitee zum Tode verurteilt.
Das Urteil wurde unmittelbar darauf dadurch vollstreckt,
daß man Blau gefesselt in eine Dede hüllte und ins Wasser
warf. Die an dem Mord beteiligten Personen sind der
Kriminalpolizei bekannt.

Berlin, Freitag, 18. August. Ein Eisenbahn-
überfall nach amerikanischen Muster wurde gestern auf der Berlin-
Tegelbahn verübt. Einmaliger Diebstahl von Angestellten und
dem Güterbahndienst wurde ein Güterzug durch einen
Eingriff in die Signalanlage zum Halten gebracht. Die Täter
vergruben nun in der Nähe des Lokoties einen Teil der Beute
und entkamen mit dem übrigen Raube. Ein Teil des gestohlenen
Gutes ist wieder herbeigeschafft worden.

Berlin, 19. August. Das Forschungsinstat für
Legitimität lieh angeblich nach Dresden kommen.
Diebstahl. Verhängnisvoll für sich. Der Post-
wachmeister Postus hatte zwei Säckchen, einen Mann und eine
Frau, zur Gerichtsverhandlung nach Ludenau zu bringen.
In Trebbin suchten beide Gefangene beim Einlaufen des Zuges
über das Gleis zu entkommen. Sie kamen dabei zu Fall, ebenso
Postus, der ihnen nachgegriffen war. Alle drei wurden vom
Zuge erfasst und auf der Stelle getötet.

Stettin, Sonntag, 17. August. Konraden Angold
Auf dem Schiffsbauwerk in Stettin nach dem Tod eines
harten Anbrang von Fährern, die Zugbrücke, die über ein Fähr-
gestein in das eigentliche Schloß führt. Etwa 50 bis 60 Tau-
er, darunter auch Frauen und Kinder, stürzten in den an dieser
Stelle etwa 10 Meter tiefen Graben. Die Rettungsarbeiten
nahmen gerade Zeit in Anspruch. Die in dem Schloßraum ab-
geschickten Rettungsarbeiten wurden durch die Fährer gebracht
während. Tote sind bis jetzt nicht zu melden, dagegen vermisst man
noch 80 Schwerverletzte und etwa 20 Leichtverletzte.

**Stettin. Schwerees Eisenbahnunglück eines
Umlauberzuges.** Ein Umlauberzug von Weg fuhr bei Lunow
auf den Expresszug Berlin-Stettin. Der Berliner Zug
wurde keine Verluste, der Umlauberzug aber 34 Ver-
wundete, von denen einige lebensgefährlich verletzt sind. Die Ur-
sache war die Umlauberzug, die Umlauberzug.

Bern, 18. August. Wieder acht deutsche Kriegs-
gefangene verunglückt. Nach einer Explosion des
„Tempo“ aus Wandbeuge lag im Anormal Müllig eine zweite
Explosion des Munitionslagers festgefunden, der abermals acht
deutsche Kriegsgefangene zum Opfer fielen.

**Amsterd. Die holländische Grenze wird ge-
öffnet.** „Telegraaf“ meldet, daß die Grenze zwischen dem be-
griffenen Gebiet und den Niederlanden in zehn Tagen ge-
öffnet werden wird.

**Amsterd. 50 000 Menschenleben durch das
große Erdbeben vernichtet.** In Holland sind jetzt

nähere Nachrichten über das furchtbare Erdbeben eingetroffen,
das am 19. Mai auf Java stattfand und bei welchem über 500 bis
50 000 Menschen das Leben gelost hat. Die meisten der Umge-
kommenen wurden durchstößt in den Strömen heißen Wassers
getötet, die aus dem Krater niederfielen.

Madrid. In Spanien mütet der Tappus. Nach
einer Madrid Meldung erklärte der Abgeordnete Rodrigues in
der spanischen Kammer, daß im letzten Jahre in Spanien über
50 000 Tappusfälle vorkamen. Davon sind 1 000 tödlich ver-
laufen. Er verlangte von der Regierung die Einführung aus-
gebehrter Reformen auf hygienischem Gebiete.

Kronstadt. Immer noch Flugzeuge als Vernich-
ungsmaschinen. Vier englische Flieger waren auf Kron-
stadt Bomben, wodurch eine große Feuerbrunst hervorgerufen
wurde, und zahlreiche Menschenleben vernichtet wurden.

Gewerkschaftliches.

Der Verband der Deutschen Buchdrucker im Jahre 1918.
In einem hatlichen Bänden gibt der Vorstand des Ver-
bandes der Deutschen Buchdrucker seinen Mitgliedern Rechenschaft
über seine Tätigkeit während des letzten Kriegesjahres. Darüber
hinaus aber ist der Bericht mit seinen zahlreichen hatlichen Ta-
bellen für jeden in der Arbeiterbewegung tätigen Genossen aufsch-
reißend, so das zusammenfassende Material sich nicht nur auf
das Jahr 1918 bezieht, sondern gleichzeitig eine Übersicht gibt
über die Auf- und Abwärtsbewegung der großen deutschen Buch-
druckerorganisation während der Kriegesjahre. Für den tätigen
Gewerkschaftler um so wertvoller, als bekanntlich die deutschen
Buchdruckergehilfen fast reiflos ihre Berufsorganisation ange-
hören und ihr, wenn sie erst einmal vom Gedanken des gewerks-
chaftlichen Zusammenschlusses erfasst sind, für alle Zeit fest an-
geheben. So geben denn die hatlichen Tabellen der Krieges-
jahre eine sprechende Illustration zu den einschneidenden Wirku-
ngen des Weltkrieges auf die deutsche Arbeiterschaft. Wie entsetz-
lich die Folgerungen des Krieges sind, beweist die Tabelle,
daß 7995 Mitglieder, d. h. 12,4 Proz. aller zum Jahresende ein-
stehenden Mitglieder, bzw. 9 Proz. der gesamten Mitglieder des
Buchdruckerverbandes, im Jahre 1918 gestorben sind oder am
Krankentage verstorben sind. Weitere 8789 Mitglieder
sind Kriegesbeschädigt zurückgekehrt.

Das Vermögen des Verbandes betrug am 31. März d. J.
über 12 Millionen Mark, dazu kommen jedoch noch die Vermögens-
behalte der einzelnen Gewerkschaften der Branche in
betracht. Am Ende im Jahre 1918 im Reichslohnverhältnis
545 126 Mt., Reichsunterstützung 7094 Mt., Sozialversicherungsbeitrag
467 000 Mt. Daß der Krieg und das damit verbundene Ernäh-
rungschaos auch unter den Tabeingeblichenen schwere Wunden
schlugen, zeigen die Summen, die für erkrankte und verlorbene
Mitglieder aufgewendet werden mußten. Während des Krieges
ist ein außerordentliches Ausmaß der Krankheitsfälle zu
feststellen. Im Jahre 1918 waren der Krankentage der erkrankten
Mitglieder 427 gegen 257 im Jahre 1915; an Krankentage wurden
den erkrankten im Jahre 1918 655 716 Mt., an Erwerbsschaden
170 100 Mt. gegenüber 97 222 Mt. im Jahre 1915. Unter den
Verstorbenen des letzten Jahres hat der Verband der Buchdrucker
auch den Verlust seines langjährigsten 1. Vorsitzenden Emil Pö-
hl, zu beklagen.

Die Besammlungen des Verbandes und damit verbundene poli-
tische Umwälzungen haben natürlich ihre Wirkung auch auf die
Organisation der Buchdrucker ausgeübt. Die aus dem Jahre
Zurückgekehrten mußten ihren Lohn mit den herrschenden Leu-
nungsverhältnissen in Uebereinstimmung zu bringen suchen. Mit
Hilfe der gewerkschaftlichen Organisation ist ihnen das auch
überbunden worden, alle Arbeiter in der Branche, die bereit zu
übernehmen waren, gibt der Bericht des Vorstandes bereites
Zeugnis. Nicht vorerhaltenen müßten wir aus dem Bericht einige
treffliche Gänge, die der Verbandsorgan an seine Mitglieder
richtete, die aber aus Gefühl haben für die gewerkschaftliche Be-
wältigung der gesamten Arbeiterschaft.

Die Besammlungen des Verbandes und damit verbundene poli-
tische Umwälzungen haben natürlich ihre Wirkung auch auf die
Organisation der Buchdrucker ausgeübt. Die aus dem Jahre
Zurückgekehrten mußten ihren Lohn mit den herrschenden Leu-
nungsverhältnissen in Uebereinstimmung zu bringen suchen. Mit
Hilfe der gewerkschaftlichen Organisation ist ihnen das auch
überbunden worden, alle Arbeiter in der Branche, die bereit zu
übernehmen waren, gibt der Bericht des Vorstandes bereites
Zeugnis. Nicht vorerhaltenen müßten wir aus dem Bericht einige
treffliche Gänge, die der Verbandsorgan an seine Mitglieder
richtete, die aber aus Gefühl haben für die gewerkschaftliche Be-
wältigung der gesamten Arbeiterschaft.

„Johannisfeuer.“

(Stadtblatt 12. 8. 18.)
Johannisfeuers leuchtender Glanz
wermacht sich lachend Wundstrolach im Raume,
als, Weiler, du von der Erkenntnis Baume
süßbittere Früchte brichst, Weich wider Tanz.
Das Leben! Das in wirrem Zufallspiel
zwei jungen Menschen heut die güldnen Scherben
verlor'nen Glückes: nur einmal — und dann sterben ...
Sei eine Stadt denn Eurer Liebe Ziel!
— „Heimchen ... leb' wohl!“ — „Leb' wohl!“ — Do-
— Feuer stirbt ...
— Ein schwärzer Sidwund drauß' umspielt mich lachend,
— jagt ungeschlitzte Gut durchs Blut, das helbe ...
Ein schlankes Kind, ein schwarzes Auge wirbt:
„Komm mit!“ — Rühl perlt der Wein ... „Johannisnacht!“
— lauscht sie, als ich sie stürmlich an mir reiße ...
Fermann Borrlic.

Stettin.

„Wie ich wurde.“ In einem Winkelflerlag ist eine ange-
gebliche Selbstbiographie des Reichswehrministers Genossen Koste
unter dem geschmacklosen Titel erschienen: Wie ich wurde. Die
Eröffnungsseite ist fast 20 Seiten und faßt 150 Mt. Schloß
man sie auf so leicht man sofort, daß ein gewisser Professor Dr.
Peter A. Silbermann der Verfasser ist. Koste ist an dem Post
nun in Jotern betitelt, als er diesen Silbermann einmal empfan-
gen und ihm auf seinen Wunsch über seinen Lebensgang unge-
fähr so viel mitgeteilt hat, wie man in einem Stunden-
gespräch tun kann. Das „Wie ich wurde“ ist die Selbstbiographie des
Reichswehrministers Koste, die in dieser Selbstbiographie verzeichnet. Koste
pöhl seinen politischen Gedanken und politischen Wirken findet man
darin kaum eine Spur. Das ganze ist nur ein Beweis dafür, daß
wir zwar die Fürsten „osgeworden sind, aber nicht die Byzantiner.
Die unabhängigen Presse mag sich über den Silbermann getroi-
läufig machen, aber wenn sie auch den Tag mit noch so vielen
großen Buchstaben überschreibt, wird immer noch jemanden davon
überzeugen, daß Koste für die Reichswehrminister
eifrigsten Bemühen und überflüssigen Weich
antwortlich ist.

Verantwortlich für den gesamten sozialistischen Teil:
Herrn Reichswehrminister Koste, die in dieser Selbstbiographie verzeichnet.
Herrn Reichswehrminister Koste, die in dieser Selbstbiographie verzeichnet.